











19. Dezember 2025








## Wintersession 2025: Ständerat will den missbräuchlichen Einsprachen einen Riegel schieben

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

### Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheidung Rat	Haltung SBV zum Entscheid
22.4199	Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes (Motion)	Annahme	
25.3153	Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen (Motion)	Ablehnung	
25.4401	Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz. Auswirkungen neuer Aufgabenteilungen und Wirksamkeit beschlossener Massnahmen evaluieren (Postulat)	Annahme	
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)	Annahme	
25.3423	Freibetrag nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhöhen und regelmässig anpassen (Motion)	Annahme	
25.046	Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
21.403	Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung (Parlamentarische Initiative)	Änderung	
25.056	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz. Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
23.047	Kartellgesetz (KG). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.035	Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Volksinitiative (Geschäft des Bundesrates)	Fristverlängerung	

## Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
<a href="#">25.056</a>	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz. Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
<a href="#">25.4163</a>	Sechs Wochen Ferien in der Lehre. Berufsbildung stärken	Zurück an Kommission	
<a href="#">25.4179</a>	Unabhängigere Regulierungskostenschätzung (Motion)	Annahme	
<a href="#">25.4382</a>	Massnahmen für sozial benachteiligte Mieterinnen und Mieter, die in den Ruhestand gehen oder bei Abriss- oder Renovierungsarbeiten ausziehen müssen (Postulat)	Abgelehnt	
<a href="#">23.047</a>	Kartellgesetz (KG). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
<a href="#">23.3898</a>	Bessere Strukturierung der Rentenfinanzierung dank zuverlässigen Daten zu den Arbeitsmodellen, insbesondere Teilzeit (Motion)	Abgelehnt	
<a href="#">25.035</a>	Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Volksinitiative (Geschäft des Bundesrates)	Fristverlängerung	
<a href="#">24.4302</a>	Ein Staatssekretariat für Verkehr für eine koordinierte Verkehrspolitik zwischen den Akteuren im Bereich Mobilität (Motion)	Zurückgezogen	
<a href="#">25.3972</a>	Baueinsprachen: Schutzwürdige Interessen klar definieren. (Motion)	Annahme	
<a href="#">25.3973</a>	Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren (Motion)	Annahme	
<a href="#">25.046</a>	Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
<a href="#">21.403</a>	Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung (Parlamentarische Initiative)	Änderung	
<a href="#">24.095</a>	Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden bei Erdbeben. Bundesbeschluss (Geschäft des Bundesrates)	Nicht-Eintreten	
<a href="#">25.063</a>	Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27) (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	

## Nationalrat

### **22.4199 Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes**

Beide Räte haben Anpassungen an der Motion zugestimmt, weil ihre ursprüngliche Fassung nicht umsetzbar gewesen wäre. Die Bauarbeitenverordnung sieht vor, dass der Arbeitgeber ein schriftliches Sicherheits- und Gesundheitskonzept bei der SUVA einreicht. Mit der Motion wird künftig für kleinere und standardisierte Arbeiten mit geringem (keinem) Gefahrenpotential nicht mehr das umfangreiche, sondern nur noch ein minimales Konzept notwendig.

### **25.3153 Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen**

Der SBV begrüsst, dass der Runde Tisch ISOS eine Lösung zur Einschränkung der Direktanwendung bei Bundesaufgaben gefunden hat und die Interessenabwägung in Kantonen und Gemeinden zugunsten lokaler Aufgaben stärken will. Wir erwarten nun die rasche Anpassung der ISOS-Verordnung durch den Bundesrat. Das Grundanliegen der Motion ist damit bereits aufgenommen.

### **25.4401 Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz. Auswirkungen neuer Aufgabenteilungen und Wirksamkeit beschlossener Massnahmen evaluieren**

Mit der Annahme des Postulats wird das Kernthema der obengenannten Motion 25.3153 weitergeführt: Die Auswirkungen einer neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich ISOS werden vertieft analysiert. Der SBV begrüsst insbesondere, dass auch die Wirksamkeit bereits beschlossener Massnahmen überprüft und in den Bericht integriert wird. Damit entsteht ein fundierter Grundlagenbericht für die Beurteilung allfälliger weiterer Schritte.

### **25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen / 25.3423 Freibetrag nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhöhen und regelmässig anpassen**

Angesichts des Fachkräftemangels ist es wichtig, die Weiterarbeit über das ordentliche Rentenalter hinaus durch verschiedene Massnahmen finanziell attraktiver zu gestalten. Der SBV erachtet die Annahme beider Motionen als wichtiges politisches Signal.

### **25.046 Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung**

Der SBV ist erfreut über die Annahme der Vorlage in beiden Räten. Dadurch wird die Attraktivität der Höheren Berufsbildung (HBB) deutlich gestärkt. Das angenommene Massnahmenpaket ist das Resultat eines mehrjährigen, verbundpartnerschaftlich geführten Prozesses, an dem der SBV beteiligt war. Der Prozess berücksichtigt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Branchen und unterstützt die Weiterentwicklung der HBB im Einklang mit den Anforderungen der Wirtschaft und der Bildungsakteure.

### **21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung**

Das Parlament hat beschlossen, dass sich der Bund mit bis zu 100 Millionen Franken an den Kitas in den nächsten vier Jahren beteiligt, also mit einem deutlich tieferen Betrag als den ursprünglich diskutierten 770 Millionen Franken. Dies ist positiv zu bewerten, weil drohende höhere Lohnabgaben reduziert würden. Ebenfalls erfreulich ist, dass sich nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer und Kantone finanziell beteiligen. Der Vorstoss dient als Gegenvorschlag zur Kita-Initiative.

### **25.056 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz. Änderung**

Der SBV steht den Bachelorstudiengängen mit integrierter Praxis skeptisch gegenüber. Ein Pilotprojekt hat gezeigt, dass sie das Ziel, mehr Studenten in mathematische und technische Studiengänge zu bringen, verfehlen. Stattdessen kann die duale Berufsbildung leiden. Der SBV begrüsst daher den Entscheid des Parlaments, dass diese neuen Bachelorstudiengänge regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst oder abgeschafft werden.

### **23.047 Kartellgesetz (KG). Änderung**

Der Ständerat hat die letzte Differenz bereinigt. Das Geschäft ist nun abgeschlossen. Bislang konnten Unternehmen pauschal verurteilt werden, wenn formalistische Indizien auf eine Teilnahme an einer Abrede hingedeutet haben. Die Wettbewerbsbehörden müssen dank der Gesetzesänderung nun im Einzelfall prüfen, wie schädlich eine Abrede ist. Diese Prüfung führen sie nun auch anhand von quantitativen Kriterien anstatt qualitativer Indizien durch. Kartelle sind damit weiterhin nicht zulässig, Rechtsverfahren werden fairer.

### **25.035 Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Volksinitiative**

Die Volksinitiative will die Plafonierung der AHV-Renten für Ehepaare von 150 Prozent abschaffen – sowohl für laufende als auch neue Renten. Der Ständerat hat nun eine Fristverlängerung bis September 2027 beschlossen. Er erteilt sich damit mehr Zeit, um das Geschäft 24.078 zu beraten. 24.078 befasst sich einerseits mit der Ungleichbehandlung von Hinterlassenenrenten, je nachdem, ob es sich um einen Witwer oder eine Witwe handelt. Der Nationalrat hat in der Herbstsession das Geschäft zum Gegenvorschlag 24.078 zur Initiative der Mitte abgeändert, indem er eine Abschaffung der Plafonierung für alle neuen Renten (nicht aber laufende) inkludierte. Der SBV sieht aufgrund der Finanzierungslücke jeglichen Ausbau von AHV-Leistungen kritisch.

## Ständerat

### **25.056 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz. Änderung**

Der SBV steht den Bachelorstudiengängen mit integrierter Praxis skeptisch gegenüber. Ein Pilotprojekt hat gezeigt, dass sie das Ziel, mehr Studenten in mathematische und technische Studiengänge zu bringen, verfehlen. Stattdessen kann die duale Berufsbildung leiden. Der SBV begrüsst daher den Entscheid des Parlaments, dass diese neuen Bachelorstudiengänge regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst oder abgeschafft werden.

### **25.4163 Sechs Wochen Ferien in der Lehre. Berufsbildung stärken**

Die Vorlage möchte im Gesetz festhalten, dass alle Lernende Anspruch auf sechs statt fünf Wochen Ferien haben sollen. Dieser Schritt soll die Berufslehre stärken. Der SBV lehnt den Vorstoss ab, weil Sozialpartner und Unternehmen selbst bessere Massnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Lehre entwickeln können. Der Ständerat hat die Motion an die Kommission zurückgewiesen, um eine breite Anhörung über solche Massnahmen durchzuführen. Der SBV begrüsst diese Anhörung.

### **25.4179 Unabhängigere Regulierungskostenschätzung**

Der Ständerat hat die Motion angenommen. Damit kein Interessenskonflikt für eine neue Regulierung besteht, soll nicht mehr die für die Regulierung zuständige Behörde selbst deren Kosten abschätzen, sondern das Seco. Damit würde mehr Unabhängigkeit zu keinen Mehrkosten entstehen. Das Seco stellt bereits die methodischen Grundlagen für die anderen Behörden zur Verfügung.

### **25.4382 Massnahmen für sozial benachteiligte Mieterinnen und Mieter, die in den Ruhestand gehen oder bei Abriss- oder Renovierungsarbeiten ausziehen müssen**

Der Ständerat hat die Vorlage klar abgelehnt. Dies wird vom SBV begrüsst. Eine Spezialregelung für Rentnerinnen und Rentner im Wohnungsbereich ist nicht angezeigt.

### **23.047 Kartellgesetz (KG). Änderung**

Der Ständerat hat die letzte Differenz bereinigt. Das Geschäft ist nun abgeschlossen. Bislang konnten Unternehmen pauschal verurteilt werden, wenn formalistische Indizien auf eine Teilnahme an einer Abrede hingedeutet haben. Die Wettbewerbsbehörden müssen dank der Gesetzesänderung nun im Einzelfall prüfen, wie schädlich eine Abrede ist. Diese Prüfung führen sie nun auch anhand von quantitativen Kriterien anstatt qualitativer Indizien durch. Kartelle sind damit weiterhin nicht zulässig, Rechtsverfahren werden fairer.

### **23.3898 Bessere Strukturierung der Rentenfinanzierung dank zuverlässigen Daten zu den Arbeitsmodellen, insbesondere Teilzeit**

Der SBV bedauert die Ablehnung der Motion und erwartet, dass der Bundesrat sein Versprechen einlöst, im Rahmen der nächsten AHV-Reform die bereits vorhandenen Daten zu verknüpfen und

darauf aufbauend Modelle zu entwickeln, mit denen Teilzeitarbeit in den Finanzperspektiven klarer und umfassender berücksichtigt werden kann.

#### **25.035 Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Volksinitiative**

Die Volksinitiative will die Plafonierung der AHV-Renten für Ehepaare von 150 Prozent abschaffen – sowohl für laufende als auch neue Renten. Der Ständerat hat nun eine Fristverlängerung bis September 2027 beschlossen. Er erteilt sich damit mehr Zeit, um das Geschäft 24.078 zu beraten. 24.078 befasst sich einerseits mit der Ungleichbehandlung von Hinterlassenenrenten, je nachdem, ob es sich um einen Witwer oder eine Witwe handelt. Der Nationalrat hat in der Herbstsession das Geschäft zum Gegenvorschlag 24.078 zur Initiative der Mitte abgeändert, indem er eine Abschaffung der Plafonierung für alle neuen Renten (nicht aber laufende) inkludierte. Der SBV sieht aufgrund der Finanzierungslücke jeglichen Ausbau von AHV-Leistungen kritisch.

#### **24.4302 Ein Staatssekretariat für Verkehr für eine koordinierte Verkehrspolitik zwischen den Akteuren im Bereich Mobilität**

Ständerat Broulis hat seine Motion in der Debatte zurückgezogen. Daraufhin versicherte Bundesrat Rösli, dass alles darangesetzt werde, eine gute Koordination zwischen den betroffenen Ämtern sicherzustellen und im Rahmen von «Verkehr 45» künftig alle Verkehrsprojekte in einer gemeinsamen Botschaft zu präsentieren. Der SBV hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die bestehenden Strukturen bereits ausreichende Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit zwischen Strasse, Schiene und weiteren Verkehrsträgern bieten, und begrüsst dieses Vorgehen ausdrücklich.

#### **25.3972 Baueinsprachen: Schutzwürdige Interessen klar definieren**

Der Ständerat hat sich klar für die Verwesentlichung des Einspracherechts ausgesprochen. Wer inskünftig noch zur Einsprache berechtigt ist und welche Einsprachegründe geltend gemacht werden dürfen, soll geklärt werden. Aus Sicht des SBV müssen Einsprachen wieder auf die tatsächlich schutzwürdigen Interessen einer Person zurückgeführt werden, um Rechtssicherheit im Bau- und Planungswesen zu schaffen. Die Annahme der Motion ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

#### **25.3973 Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren**

Der Ständerat will den missbräuchlichen Einsprachen einen Riegel schieben. Einsprecherinnen und Einsprecher sollen Kosten übernehmen oder Schadenersatz zahlen müssen, wenn sie querulatorisch handeln. Der Vorstoss wurde oppositionslos überwiesen. Der SBV begrüsst dieses entschlossene Handeln.

#### **25.046 Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG). Änderung**

Der SBV ist erfreut über die Annahme der Vorlage in beiden Räten. Dadurch wird die Attraktivität der Höheren Berufsbildung (HBB) deutlich gestärkt. Das angenommene Massnahmenpaket ist das Resultat eines mehrjährigen, verbundpartnerschaftlich geführten Prozesses, an dem der SBV beteiligt war. Der

Prozess berücksichtigt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Branchen und unterstützt die Weiterentwicklung der HBB im Einklang mit den Anforderungen der Wirtschaft und der Bildungsakteure.

#### **21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung**

Das Parlament hat beschlossen, dass sich der Bund mit bis zu 100 Millionen Franken an den Kitas in den nächsten vier Jahren beteiligt, also mit einem deutlich tieferen Betrag als den ursprünglich diskutierten 770 Millionen Franken. Dies ist positiv zu bewerten, weil drohende höhere Lohnabgaben reduziert würden. Ebenfalls erfreulich ist, dass sich nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer und Kantone finanziell beteiligen. Der Vorstoss dient als Gegenvorschlag zur Kita-Initiative.

#### **24.095 Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden bei Erdbeben. Bundesbeschluss**

Der Ständerat hat (wenn auch knapp) Nichteintreten auf diese Vorlage beschlossen. Der SBV unterstützt diese Haltung und lehnt die Vorlage ebenfalls ab. Nun geht die Vorlage in nationalrätliche Kommission.

#### **25.063 Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27)**

Zusammen mit anderen Verbänden konnte die vorgesehene Kürzung der Einlagen in den Bahninfrastrukturfonds von 200 Millionen Franken halbiert werden. Die Kürzungen in den Strassenfonds NAF von 100 Millionen Franken waren im Ständerat leider unbestritten. In der Berufsbildung und der akademischen Bildung wird gleichermassen der Rotstift angesetzt, so dass die Lehre nicht relativ benachteiligt wird.

## **Ihre Ansprechpersonen beim SBV**

### **Leiter Politik und Kommunikation**

Lukas Oesch

Tel. 058 360 76 30

[lukas.oesch@baumeister.ch](mailto:lukas.oesch@baumeister.ch)

### **Klima, Energie und Umwelt**

Louis Ducret

Tel. 058 360 77 01

[louis.ducret@entrepreneur.ch](mailto:louis.ducret@entrepreneur.ch)

### **Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität**

Matthias Engel

Tel. 058 360 76 35

[matthias.engel@baumeister.ch](mailto:matthias.engel@baumeister.ch)

### **Raumplanung und Wohnungsbau**

Romana Heuberger

Tel. 058 360 76 36

[romana.heuberger@baumeister.ch](mailto:romana.heuberger@baumeister.ch)

### **Wirtschaft und Finanzen**

Martin Maniera

Tel. 058 360 76 40

[martin.maniera@baumeister.ch](mailto:martin.maniera@baumeister.ch)

### **Schweizerischer Baumeisterverband**

Weinbergstrasse 49 / Postfach

8042 Zürich